

Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonto: Stadtbank Bad Schandau Nr. 12. — Postkassenkonto: Dresden 33327

Fernspr.: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachmittags 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage Bezugspreis (in RM.) halbmöndlich ins Haus gebracht 1 RM., für Selbstabholer 90 Pfg. — Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor.



Sächsische Schweiz

Tagezeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingiechhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mitteldorf, Ostrau, Porsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtzdorf, Schmiffa, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele, Inh. Walter Hiele Verantwortlich: Walter Hiele

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7spaltene 35 mm breite Petitzeile 20 Pfg., für auswärtige Auftragsgeber 25 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Tariflicher Satz nach besonderem Tarif. Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für in- und ausländische Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Das Unterhaltungsblatt“, „Das Leben im Bild“

Nichterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung berechtigt nicht zur Bezugspreisrückzahlung oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 59

Bad Schandau, Mittwoch, den 11. März 1931

75. Jahrgang

Der Hofenknopfbeweis.

Vor kurzem hat der französische Kriegsminister Maginot die Kriegsschuldfrage und das Abrüstungsproblem in einer Weise behandelt, die eine deutsche Zurückweisung zwingend erforderlich machte. Noch bevor diese deutsche Antwort erfolgte, hat der frühere französische Staatspräsident Millerand es für notwendig gehalten, sich zu der gleichen Frage zu äußern. Er tat das in einer Form, die die ganze französische Beförderung über die Folgen einer Zerreißung der Versailler Kriegsschuldfrage verrät. Millerand sagte nicht mehr und nicht weniger, als daß mit der Erschütterung der Kriegsschuldthese des Versailler Artikels 231 der Versailler Vertrag einen tödlichen Stoß erleiden müßte. Denn er erklärte wörtlich: „Deutschlands Unschuld erklären, hieße nichts anderes, als das Eingeständnis eines furchtbaren Justizirrtums in den Jahren 1918 und 1919, als die Verträge Deutschland die Kolonien und gewisse Gebietsteile abnahmen und ihm die Abrüstung und die Reparationsverpflichtung auferlegten.“

Der deutsche Wehrminister Dr. Groener hat am Montag im Haushaltsausschuß des Reichstages Herrn Maginot eine Antwort erteilt, die keinen Zweifel darüber läßt, daß Deutschland die französische Abrüstungstheze auf das entscheidende zurückweist. „Wir haben das Recht auf denselben Grad von Sicherheit, den die anderen Staaten für sich in Anspruch nehmen.“ Damit beruft sich Deutschland auf jene Bestimmungen des Versailler Diktats, die die Entwaffnung Deutschlands als Vorleistung für die allgemeine Abrüstung festlegen. Dieses Junctim zwischen deutscher Entwaffnung und allgemeiner Abrüstung verurteilt Frankreich zu erschüttern. Deshalb wird immer wieder die Kriegsschuldfrage in die öffentliche Erörterung geworfen, obwohl selbst in Frankreich mehr und mehr sich die Erkenntnis durchsetzt, daß eines schönen Tages dieser Hauptpfeiler des Versailler Diktatgebäudes in sich zusammenstürzen wird. Millerands Hehre ist hierfür der beste Beweis. Er beschwört geradezu die Franzosen und ihre Alliierten, an diesen Artikel 231 nicht rühren zu lassen. Deshalb verbindet er mit seiner Erklärung eine bedenkliche und vielversprechende Drohung, die nämlich, daß „die Revision der Verträge den Krieg bedeute.“

Und dieses Revisionsverlangen wird und muß gestellt werden. Minister Groener hat in seiner Montag-Rede hervorgehoben, daß die Versailler These von der Alleinschuld Deutschlands längst von der internationalen historischen Wissenschaft widerlegt sei. Auf wie schwachen Füßen diese These aufgebaut wurde, beweist u. a. eine Veröffentlichung der „Liberty“ aus der Feder eines New Yorker Publizisten namens Sidney Sutherland. Neben einer Reihe längst bewiesener Unwahrheiten über deutsche Sabotageakte hat er folgende überraschende Entdeckung gemacht, die Deutschlands Kriegsschuld klar unter Beweis stellen soll: Sutherland hat herausgefunden, daß Deutschland lange vor Ausbruch des Krieges an den Uniformhosen der deutschen Soldaten — Reserveknöpfe für die Hofenträger anhängen ließ! Wer aber, so fragt dieser scharfsinnige Amerikaner, braucht Reserveknöpfe für eine Uniform, wenn er nicht alsbald einen Krieg anzetteln will? In Deutschland wird man über diese „Entdeckung“ erschüttert sein — vor Lachen. Also die Reserveknöpfe der deutschen Armee erbringen den Beweis für Deutschlands Kriegsschuld! Wir glauben nicht, daß Herr Sutherland in seiner engeren Heimat mit dieser „Entdeckung“ ernst genommen wird; daß er aber in einer literarisch an sich hochstehenden amerikanischen Zeitschrift mit solchem Fastnachtscherz unterkommen konnte, das beweist uns, wie notwendig es ist, daß wir mehr noch als bisher uns gegen die Aufrechterhaltung der Kriegsschuldfrage zur Wehr setzen müssen.

Der Deutsche Reichstag hat am Montag bei der Beratung des Reichswehrvertrags und der Besprechung der Auslassungen des französischen Kriegsministers wieder einmal eine erfreuliche Einmütigkeit bewiesen und sowohl die unwarhaken Behauptungen Maginots über die Stärke der deutschen Reichswehr wie auch seine Erklärungen über das Abrüstungsproblem entschieden und einhellig zurückgewiesen. Mit besonderer Genugtuung darf dabei hervorgehoben werden, daß auch die Sozialdemokratie sich in diese Einheitsfront zur Zurückweisung des französischen Angriffs auf die Reichswehr eingereiht hat. Selbst von kommunistischer Seite wurde in diesem Zusammenhang festgestellt, daß der französische Militarismus der gefährlichste Friedensgegner sei. Dieses einmütige Zusammenstehen des deutschen Volkes in der Verteidigung seiner Wehrmacht sollte dem Ausland zum Bewußtsein bringen, daß ein Spekulieren auf die Uneinigkeit des deutschen Volkes in wehrpolitischen Fragen einen Rechenfehler bedeutet, der sich verberblich auswirken muß, wenn er in der Vorbereitung der Abrüstungskonferenz nicht rechtzeitig berichtigt wird. Die falsche Kriegsschuldthese und der Versuch der Schaffung wehrpolitischer nicht gleichberechtigter Staaten muß zwangsläufig dazu führen, daß das deutsche Volk sich von jenen Abrüstungsbestimmungen des Versailler Vertrages losragt.

Die Angst vor der Revision des Versailler Vertrages

Die Pariser Presse zur Groener-Rede

Englands Abrüstungspolitik

London, 11. März.

Der Staatssekretär für die Landesverteidigung, Shaw, gab bei der Einbringung der Heeresvoranschläge im Unterhaus eine Erklärung über die Richtlinien der Regierungspolitik in der Abrüstungsfrage ab. Die Regierung beabsichtigt weiterhin, die britischen Streitkräfte in ihrer augenblicklichen Höhe aufrechtzuerhalten. Es stehe außer Frage, daß die riesige Herabsetzung der Rüstung, die in England vorgenommen wurde, von anderen Ländern nicht nachgeahmt worden sei. Unter diesen Umständen sei es für ihn unmöglich, der Regierung eine weitere einseitige Verminderung der Streitkräfte zu empfehlen. Die Vergleichszahlen sprächen dagegen, die Erfahrung spreche dagegen und auch die Aussichten des Friedens und der Abrüstung für die Zukunft sprächen dagegen. Das Haus werde ihn schon recht verstehen, wenn er erkläre, daß die Aussichten der Abrüstung dagegen sprächen. Die Regierung werde, so wie sie es bei der Flottenabrüstung getan habe, auch bei den Verhandlungen über die Abrüstung zu Lande eine führende Rolle übernehmen. Aber zur Zeit sei es vollkommen unmöglich, eine Herabsetzung der Streitkräfte vorzuschlagen, und aus diesem Grunde seien die in den Voranschlägen aufgeführten Zahlen unaufhebbar die gleichen wie im vergangenen Jahre.

Italien und die Friedensverträge.

Rom. Im Bericht des Haushaltsausschusses der italienischen Kammer zum Voranschlag des Außenministeriums heißt es u. a.: Die Schwere gewisser Verträge und die fortdauernden Lasten der Kriegsschuldlasten und der Kriegsschulden, die Teilung in bewaffnete und wehrlose Nationen, die neuen militärischen Bündnisse, haben Europa lange in Unsicherheit und Spannung gehalten. Obgleich der Völkerverbund und die Initiative gewisser Staatsmänner in beträchtlicher Weise zur Überwindung des Kriegszustandes beigetragen haben, bleibt eine tiefe Kluft bestehen, und zu einer tatsächlichen sicheren Wiederannäherung der Völker ist noch ein weiter Weg.

Darin liegt der Grund des heutigen Problems. Alle sind von dem Gefühl des Unbehagens befeelt: Die Nationen, die noch im Zustand der Minderwertigkeit gehalten werden, und auch diejenigen, die rüsten, um den gegenwärtigen Zustand zu verteidigen, aber nichts ist ewig, nichts dogmatisch, nichts unanfechtbar in der menschlichen Geschichte. Die Verträge können, wie der Chef unserer Regierung bemerkte, nicht Grabsteine auf den Gräbern der Völker sein. Die Idee Mussolinis zielt auf eine größere Gerechtigkeit zwischen den Nationen ab, um so Zusammenstöße und Brüche im Leben des mitgenannten Europas zu vermeiden. Diese Richtlinien, die der Außenminister Grandi auch durch heftige Gegensätze hindurch klar und trennend verfolgt hat, erhebt unsere diplomatische Arbeit in eine Sphäre höherer Mobilität.

Der Berichterstatter zitiert in diesem Zusammenhang ausführlich die bekannten Stellen aus Mussolinis großer Senatstrede vom Sommer 1928, in der er betonte, daß die Verträge keinen Ewigkeitswert haben.

Doppelvorlage für Dithlie

Berlin, 11. März.

Da sich in der bisherigen Behandlung des Offhilfegebungsvertrages in einigen Punkten wesentlich divergierende Auffassungen bei der Reichsregierung und dem Reichsrat ergeben haben, hat sich die Reichsregierung, wie wir aus unterrichteten Kreisen erfahren, entschließen müssen, eine Doppelvorlage an den Reichstag zu machen.

Zunächst ergaben sich zweierlei Meinungen über die Frage der Ausdehnung der Vorlage auch auf die Provinz Schleswig-Holstein mit den oldenburgischen Landesteilen. Das Entschuldigungsvermögen war berechnet worden auf Grund der jetzigen Ausdehnung. Die Reichsregierung behält sich vor, sobald die Mittel zur Verfügung stehen, die Ermächtigung auch auf Schleswig-Holstein auszudehnen. In der Frage des Industrie-Bankgesetzes hatte die Reichsregierung gebeten, die Zahl der Ausschichtsratsmitglieder auf 29 zu beschränken. Im Reichsratsplenum ist die alte Fassung von 33 Mitgliedern aber eingefügt worden, davon 2 Mitglieder der Industrie und 2 der Breuereifabrik. Auch in diesem Falle hat die Reichsregierung eine Doppelvorlage für notwendig gehalten, weil sie das Gremium ohnehin schon für zu schwerfällig hält. Schließlich hat noch die Erweiterung des Geschäftsbereichs der neuen Industrie-Bank divergierende Auffassungen ergeben. Die Reichsregierung wünscht keine Beschränkung des Aufgabekreises für die Bank.

Für eilige Leser.

* Die braunschweigische Regierung hat einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, der den 1. Mai als gesetzlichen Feiertag abschafft.

* Für die am Mittwoch anberaumte polnische Sejm-Sitzung sieht die Tagesordnung u. a. auch die Ratifizierung der beiden deutsch-polnischen Abkommen, des Liquidationsabkommens und des Handelsabkommens, vor. Wie die halbamtliche „Agentur-Press“ versichert, wird im Laufe der Aussprache Außenminister Jaleski das Wort ergreifen, um den Standpunkt der Regierung hinsichtlich dieser beiden Verträge darzustellen.

* Das Abkommen über die rumänische 52-Millionen-Dollaranleihe wurde am Dienstag im französischen Finanzministerium von dem französischen Finanzminister Flandin und dem in Paris anwesenden rumänischen Finanzminister Popowitsch unterzeichnet. An der Anleihe ist in erster Linie die Banque de Paris et des Pays Bas beteiligt.